

+++ Sicher mit Schreiber +++

+++ 2/2014 +++



Liebe Leserinnen und Leser,

der kommenden Sonntag, 25. Mai 2014, ist ein wichtiger Tag für ganz Europa und Berlin. An diesem Tag finden die Wahlen zum Europäischen Parlament und die Volksabstimmung zur Zukunft des Tempelhofer Feldes in Berlin statt. Beides sind enorm wichtige Abstimmungen, welche über unser weiteres Zusammenleben im vergleichsweise Kleinen wie Großen entscheiden.

Als ich das erste Mal für das Berliner Abgeordnetenhaus kandidierte, habe ich mich ganz bewusst für die Homepage-Domain tom-schreiber.eu entschieden. Ich brenne für Europa und die EU als großes zivilisatorisches Projekt. Nach Jahrhunderten Krieg und Konfrontation hat man sich auf den Weg gemacht, den Kontinent zu befrieden und das Zusammenwachsen zu forcieren. Ohne Frage, wir stehen beim Projekt „EU“ ebenso vor enormen Problemen – die Euro-Stabilität, die soziale Frage, insbesondere in Südeuropa, der Umgang mit Flüchtlingen, die Konfrontationen an der östlichen Grenze. Umso wichtiger ist es, dass Sie ihr Wahlrecht an diesem Sonntag wahrnehmen.

Ich brenne genauso – oder noch viel mehr – für Berlin. Eine positive Entwicklung unserer Stadt liegt mir sehr am Herzen. Darum geht es bei der Volksabstimmung – ob wir Berlin gestalten wollen und auf mehr als 100.000 neue Menschen auf soziale Art und Weise reagieren oder uns mit Stillstand begnügen.

Über beide Themen möchte ich Ihnen in meinem Sondernewsletter berichten:

- Europa kommt voran – Streiten für Frieden, Freiheit, Solidarität und Zusammenhalt S. 1
- Martin Schulz – Aus Deutschland für Europa S. 2
- Sylvia-Yvonne Kaufmann und ihr Kampf für ein demokratisches Europa S. 3
- Die Europawahl aus queerer Perspektive S. 4
- Wachstum statt Stillstand – Warum die Abstimmung zum Tempelhofer Feld zentral für die Entwicklung unserer Stadt ist S. 5
- Kontakt S. 6

Herzlichst

Ihr Tom Schreiber

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin



Sicher mit Schreiber



+++ Europa kommt voran –

Streiten für Frieden, Freiheit, Solidarität und Zusammenhalt +++

Es ist nicht einmal zwei Jahre her, da erhielt die Europäische Union den Friedensnobelpreis für besondere Leistungen bei der Zusammenarbeit und Befriedung des Kontinents. Eine größere Auszeichnung kann es nicht geben und sie beweist, was für ein einmaliges Projekt die Europäische Union darstellt. Doch viel zu oft, treten solche Symbole in den Hintergrund und werden belächelt. Dabei zeigen Sie, wie wichtig die Entwicklung der Europäischen Union für unser Leben, Wachstum

und Zusammenhalt gewesen ist. Als sich nach den katastrophal-dunklen Ereignissen die ehemaligen Todfeinde Deutschland und Frankreich gemeinsam mit Italien und den Beneluxstaaten vor 57 Jahren zusammenschlossen, um ihre wirtschaftliche Entwicklung gemeinsam zu betreiben, wurde ein friedenssichernder Prozess in Gang gesetzt. Von Anfang an war dieses Ansinnen ein voller Erfolg. Europa wuchs näher zusammen. Länder, die frisch aus Diktaturen kamen, wurden in das demokratische Wertekonstrukt der EU integriert. Und vor allem war die Europäische Union eine Gemeinschaft für die Bürgerinnen und Bürger. Nirgendwo sonst auf der Welt genießen wir so viele Freiheiten, wenn wir reisen, in anderen Ländern arbeiten, dort leben oder auch nur einkaufen. Das bringt nicht nur Vorteile für die Wirtschaft, sondern vor allem für jeden Einzelnen und jede Einzelne.

Sie merken, ich bin ein leidenschaftlicher Streiter für die EU und die europäische Sache. Das heißt aber nicht, dass ich meine Augen vor den großen Problemen verschließe, die ebenso existieren. Die Flüchtlingskatastrophen in Lampedusa und anderen Orten haben uns gezeigt, wie schwierig es ist, die Grenzen unseres Kontinents in humanitärer Art und Weise zu wahren und dennoch vielen Menschen nicht den Traum von einem besseren Leben zu nehmen.

Die Liberalisierungsvorgänge der letzten Jahrzehnte haben große Vorteile für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Wachstum in Europa gebracht. Doch viel zu lange haben wir darüber die sozialen Gegebenheiten auf unserem Kontinent außer Acht gelassen. Zwar haben der europäische Strukturfonds und andere Hilfstöpfe sehr viel für die Gemeinden in Europa gebracht, aber wenn es um einen Ausgleich zum wirtschaftlichen Wettbewerb geht, dann reagieren wir zu langsam. Insbesondere in den letzten Jahren der Verschuldungskrise einzelner Länder, mit Auswirkungen auf unsere gemeinsame Währung, und die Zukunft vieler Menschen. Eine Jugendarbeitslosigkeit von fast 50 Prozent in einzelnen Ländern ist ein beschämendes Zeichen und kann nicht länger hingenommen werden.

An vielen Stellen wird massiv die Brüsseler Bürokratie und der „Regulierungswahn“ kritisiert. An vielen Stellen greift die EU in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger ein und oftmals werden die Gründe dafür nicht verstanden oder sind nicht erkennbar. Viel zu oft ist dieses Vorurteil aber auch Kampagnen von Gruppen geschuldet, die durch eine Verordnung einen Schaden befürchten, weil Ihnen Kosten entstanden sind. Doch im Grunde sind viele Regulierungen von Vorteil für die Menschen. Es ist natürlich klar, dass Mobilfunkunternehmen nicht glücklich sind über die Abschaffung von Roaminggebühren, Fluggesellschaften über die Vorschriften für Lockangebote und Fluggastrechten oder Kosmetikhersteller über das Ändern von kompletten Produktlinien, weil bestimmte Stoffe schlicht gesundheitsschädigend sind und entfernt werden müssen. An dieser Stelle gilt also besonders, dass man nicht immer jedem Vorurteil erliegen und genauer hinschauen sollte.

Genau darum geht es am kommenden Sonntag. Machen wir Europa und die EU nicht schlecht. Sie ist eine bedeutende Erfindung und vielerorts hilfreich für unser Leben. Aber wir müssen auch viel verändern und verbessern – auch in demokratischer Sicht. In welche Richtung es dabei gehen soll, das haben Sie in der Hand! Deswegen nutzen Sie Ihr Recht und entscheiden Sie wie mit den Problemen umgegangen wird und wohin wir uns entwickeln wollen!

+++ Martin Schulz – Aus Deutschland für Europa +++

Martin Schulz ist nicht nur Spitzenkandidat der deutschen Sozialdemokratie sondern auch der europäischen. Mit ihm haben wir die einmalige Chance einen neuen Präsidenten der Europäischen Kommission zu erhalten, der sich für ein soziales und gerechtes Europa stark macht. Das ist ein Novum, denn zuvor wurden die Kommissionspräsidenten immer in Hinterzimmern der Staats- und Regierungschefs ausgekungelt und auf intransparente Weise bestimmt.



Dies ist nach dem Lissaboner Vertrag von 2009 anders – jetzt wird dieses wichtige Amt durch die Wahlen zum Europaparlament bestimmt. Die stärkste Fraktion soll den Kommissionspräsidenten stellen.

Martin Schulz, geboren 1955 in Eschweiler bei Aachen sitzt seit 1994 für die SPD im Europäischen Parlament. Seit 2004 ist er Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion (S&D) und seit 2012 Präsident des Europäischen Parlaments. In dieser Zeit hat er immer konkret Position bezogen, wenn es um die Stärkung Europas und um die Heranführung an die Menschen ging. Auch jetzt bezieht er klar Stellung, in welche Richtung sich Europa unter seiner Führung entwickeln soll:

- Ein Europa, das wirtschaftlich dynamisch ist und in die Zukunft investiert.
- Ein Europa, das gute Jobs schafft und faire Löhne sichert. Durch einen Pakt für Mindestlöhne. Und durch gleiche Bezahlung für Männer und Frauen.
- Ein Europa, das die Jugendarbeitslosigkeit in den nächsten fünf Jahren deutlich reduziert.
- Ein Europa, das unsere gemeinsame Währung stärkt. Damit wir im globalen Wettbewerb unseren Wohlstand verteidigen.
- Ein Europa, das Steuerhinterziehung und Steuerbetrug endlich entschieden bekämpft. Und die Bürgerinnen und Bürger vor der Zockerei von Banken und Spekulanten besser schützt.
- Ein Europa, das beim Klima- und Umweltschutz wieder Weltspitze ist. Indem es auf erneuerbare Energien setzt.
- Ein Europa, das die Rechte der Verbraucher stärkt und unsere persönlichen Daten besser schützt.
- Ein Europa, das mehr Demokratie wagt und die EU-Bürokratie in Schranken weist.
- Ein Europa, das Vielfalt respektiert und nur regelt, was nicht besser auf lokaler, regionaler oder staatlicher Ebene geregelt werden kann.
- Ein Europa, das seine Grundidee von Frieden, sozialer Sicherheit und Wohlstand erneuert. Und diese Werte gegenüber den anderen Weltregionen behauptet.

Mehr über Martin Schulz und das Wahlprogramm der Europäischen Sozialdemokraten erfahren Sie hier: <http://www.martin-schulz.eu>

+++ Sylvia-Yvonne Kaufmann und ihr Kampf für ein demokratisches Europa +++



Als Berliner Spitzenkandidatin tritt Sylvia-Yvonne-Kaufmann für die SPD an. Besser als sie selber kann man sich gar nicht vorstellen und ausdrücken, was für eine Bedeutung Europa für sie und für die Menschen in Berlin besitzt:

„Berliner Ideen nach Brüssel zu befördern und europäische Ideen nach Berlin zu holen, das ist mein Anliegen. Die Geschicke von Berlin und Brüssel verbinden sich immer enger, sie bestimmen unser Leben. Und das ist gut so!

Doch in den letzten Jahren der Krise ist gerade die soziale Balance in Gefahr geraten. In der EU sind über 26 Millionen Menschen arbeitslos und vor allem die horrende Jugendarbeitslosigkeit in einigen Staaten ist enormer sozialer Sprengstoff für das gesamte Europäische Projekt.

Ich will eine Europäische Union für die Menschen, ein Europa, in dem sie nicht mit Sorge, sondern hoffnungsvoll in die Zukunft blicken können. Sie müssen spüren, dass wir in Europa eine Gemeinschaft sind, dass uns europäische Solidarität verbindet. Deshalb darf die EU nicht, wie verschiedene Heilsbringer meinen, zu einer neoliberalen Freihandelszone verkommen. Ich setze mich dafür ein, dass die EU zu einer europäischen Sozialunion wird, die den gleichen Rang wie die Wirtschafts- und Währungsunion hat. Denn es darf nicht sein, dass der in Jahrzehnten mühsam erkämpfte Sozial-

staat in Europa den Profithaien zum Fraß vorgeworfen wird. Es darf nicht sein, dass Menschen und Völker gegeneinander aufgehetzt werden. Es ist offensichtlich: der Markt allein produziert keine Gerechtigkeit und keine Solidarität, weder unter den Menschen noch unter den Völkern.

Überwindung der Finanzmarktkrise, Sicherung des Euro und soziale Gerechtigkeit in Europa – das sind Kernfragen der kommenden Jahre. Daher sind grundlegende Veränderungen notwendig. Ein Kurswechsel hin zu Wachstum und Beschäftigung, ein gezielter Einsatz von Investitionen in den sozial- und umweltverträglichen Umbau der europäischen Volkswirtschaften ist erforderlich. Die EU muss eine Steuergerechtigkeitsunion werden, in der sich vor allem Großunternehmen nicht mehr am Finanzamt vorbeimogeln können. Ein sozialer Fortschrittspakt muss auf den Weg gebracht werden, der verbindliche Ziele für den Abbau von Arbeitslosigkeit und verbindliche Ziele für die Reduzierung von Armut festschreibt.

Ein Blick auf die Geschichte des europäischen Einigungsprozesses offenbart, dass bis zur heutigen Europäischen Union im Hinblick auf Demokratie Schritt für Schritt schon viel erreicht wurde. So ist das ursprünglich machtlose Europäische Parlament heute eine starke Institution, die als direkt gewählte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger engagiert und kraftvoll gegenüber Rat und EU-Kommission die Interessen der in der EU lebenden Menschen vertritt. In etwa 95 Prozent der europäischen Gesetzgebung wird es gemeinsam mit dem Rat tätig. Dabei arbeitet es so transparent wie wohl kein nationales Parlament. Plenums- und Ausschusssitzungen etwa werden per Internet direkt übertragen, so dass Gesetzgebungsarbeit bis ins Detail in der eigenen Muttersprache verfolgt werden kann. Und seit 2012 haben die Bürgerinnen und Bürger über das neue Instrument der Europäischen Bürgerinitiative, für die ich mich besonders eingesetzt habe, nun sogar die Möglichkeit, selbst Vorschläge für die europäische Gesetzgebung zu machen.

Aber das Erreichte ist längst nicht genug. Ich will die Demokratisierung der Europäischen Union weiter voranbringen. Dazu gehört beispielsweise die weitere Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments, etwa durch Mitsprache- und Kontrollrechte im Hinblick auf das Agieren der Troika. Erforderlich ist die Einführung eines europäischen Wahlrechts für die Wahlen zum Europäischen Parlament, das einheitlich in allen Mitgliedstaaten gilt. Zugleich möchte ich, dass alle europäischen Bürgerinnen und Bürger aktives und passives Wahlrecht auf allen politischen Ebenen im Wohnsitzland haben.

Ich bin dafür, das Modell der Gewaltenteilung, wie wir es aus den Nationalstaaten kennen, künftig auf die europäische Ebene zu übertragen. Das Prinzip der Gewaltenteilung und die volle Parlamentarisierung der EU muss für alle Bereiche gelten, in denen die EU zuständig ist. Der Weg dorthin ist schwierig, denn solche Reformen setzen Änderungen der europäischen Verträge voraus. Dazu bedarf es der erneuten Einberufung eines Konvents und selbstverständlich einer breiten öffentlichen Debatte über die Zukunft der Europäischen Union.“

+++ Die Europawahl aus queerer Perspektive +++

Als queerpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion ist mir die Perspektive aus Sicht der LGBTQ-Community auf Europa und das Europäische Parlament natürlich besonders wichtig. Dazu gibt es zwei interessante Feststellungen, die sich auf die bisherige Arbeit und die zukünftige Arbeit der Abgeordneten im Parlament erstrecken.

Die Webseite http://www.score-ep.org/lgbt.html#bar_country hat eine Aufstellung vorgenommen, nach der alle Mitglieder des Europäischen Parlaments eine Wertung von 0 bis 100 erhalten, wie sie sich bei Abstimmungen zu LGBTQ-Rechten verhalten haben. Die SPD erhielt bei 23 Abgeordneten eine Wertung von 92 Punkten, davon sieben allein die volle Punktzahl. Im Gegensatz dazu erhielten die Christdemokraten nur 23 Punkte, nur einer über 50 und sogar zwei Abgeordnete erhielten eine Wertung von 0. Neben dem bayrischen Abgeordneten Bernd Posselt betrifft dies den Berliner Spitzenkandidaten der CDU, Joachim Zeller. Ob es um eine Resolution gegen Homophobie



geht oder generell zum Schutz von Menschenrechten der Community auf UN-Ebene – bei jeder Abstimmung war Joachim Zeller anwesend und stimmte dagegen. Für mich ist es ein schockierende Darstellung. Dass ein Abgeordneter einer demokratischen Partei sowie aus unserer vielfältigen und freiheitsliebenden Stadt Berlin solche menschenfeindlichen Ansichten an den Tag legt, habe ich kaum für möglich gehalten.

Auch der LSVD hat dies in einer Stellungnahme deutlich gemacht: <http://bit.ly/1hg1Tz9>

Bei der Wahlentscheidung sollte man auch immer in die Zukunft schauen, was die Parteien wollen. Der LSVD hatte dazu Wahlprüfsteine verschickt. Die Antworten verdeutlichen auf Seiten der CDU/CSU die hinterwäldlerische Positionierung von Vorgestern. Weder in Anerkennungsfragen, noch in der Bekämpfung von Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen können sich die Christdemokraten und -sozialen auf progressive Positionen festlegen und verfolgen weiterhin eine Politik der Ausgrenzung. Dazu sage ich Nein und das tut auch die SPD, die sich in jeder Frage des LSVD eindeutig positiv positioniert hat. Für alle, denen die Rechte der LGBTQ-Community am Herzen liegen, sollte klar sein, wen wir nicht im Europäischen Parlament sehen wollen.

Näheres auf Queer.de: <http://bit.ly/1jd1mxv>

+++ Wachstum statt Stillstand – Warum die Abstimmung zum Tempelhofer Feld zentral für die Entwicklung unserer Stadt ist +++

Das Tempelhofer Feld ist ein Schatz für diese Stadt. In seiner Vielfalt und seiner Größe ermöglicht es verschiedene Interessen aller Berlinerinnen und Berliner aufzugreifen und zu verwirklichen. Diese Argumente sprechen für Gestaltung STATT Stillstand: Bezahlbare Wohnungen für die ganze Stadt. Folgende Leitplanken sind für uns bei der Entwicklung besonders wichtig:

Rund 250.000 Menschen ziehen bis 2030 nach Berlin – allein im letzten Jahr waren es 40.000. Wohnungsnachfrage und -knappheit sind schon heute im ganzen Stadtgebiet zu spüren. Am Rande des Tempelhofer Feldes werden landeseigene Wohnungsbaugesellschaften (im Westen am Tempelhofer Damm, am Südring und im Osten an der Oderstraße) bis zu 4.700 Wohnungen bauen. 1.700 werden schon zeitnah am Tempelhofer Damm errichtet – die Hälfte der Wohnungen wird zu Quadratmeter-Preisen zwischen 6 und 8 Euro vermietet. **Damit trägt die Randbebauung des Feldes zur Entlastung der ganzen Stadt bei.** Im Gegensatz zur Opposition, die überall schlicht die Unwahrheit erzählen, werden auf dem Tempelhofer Feld keine privaten Investoren Flächen für den Bau von Luxuswohnungen erhalten, sondern einzig das Land und seine Wohnungsbaugesellschaften sowie eine Genossenschaft werden dort agieren.

| | CDU | CSU | SPD | BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN | FDP Für Freiheit | 5 DIE LINKE. |
|--|-----------------|-----------------|-----|-----------------------|---------------------|-----------------|
| Roadmap für Gleichheit | ☹️ | ☹️ | 😊 | 😊 | 😊 | 😊 |
| Antidiskriminierungsrichtlinie | ☹️ ¹ | ☹️ | 😊 | 😊 | 😐 ² | 😊 |
| Menschenrechte: Handhabe gegen Mitgliedsstaaten | 😐 | 😐 | 😊 | 😊 | 😊 | 😊 |
| Hassverbrechen und EU-weite Strafgesetzgebung | 😐 | 😐 | 😊 | 😊 | 😊 | 😐 |
| Gegenseitige Anerkennung neuer Familienformen | ☹️ | ☹️ ³ | 😊 | 😊 | 😊 | 😊 |
| EU-Maßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen an Transsexuellen | ☹️ | 😐 | 😊 | 😊 | 😊 | 😊 |
| EU-Maßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen an Intersexuellen | ☹️ | 😐 | 😊 | 😊 | 😊 | 😊 |
| EU-weite Maßnahmen gegen Mobbing | 😐 | ☹️ | 😊 | 😊 | ☹️ ⁴ | 😊 |
| EU-weite Überwachung der Asyl-Richtlinie | 😊 | 😊 | 😊 | 😊 | 😊 | 😊 |
| EU-weite Schulung von Personal | 😐 | 😐 | 😊 | 😊 | 😊 | 😊 |
| EU-weite Maßnahmen zum Diskriminierungsabbau im Gesundheitswesen | 😐 | 😐 | 😊 | 😊 | 😊 | 😊 |

- 😊 ja
- ☹️ nein
- 😐 vage Antwort
- ⊗ keine Antwort

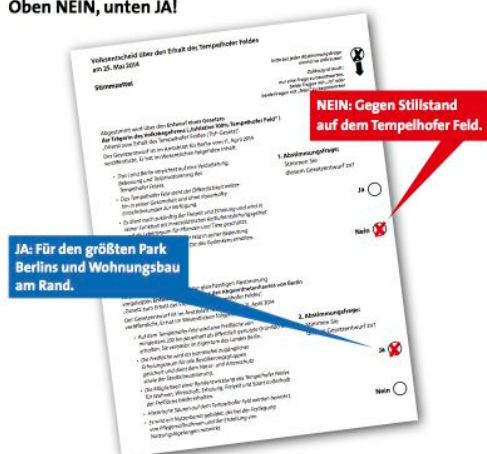
1 CDU/CSU verweisen hier wie beim Thema Roadmap auf das Subsidiaritätsprinzip (Zuständigkeit der Nationalstaaten) und lehnen beide Forderungen ab
 2 Die FDP war bislang strikt gegen die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie (siehe auch Koalitionsvereinbarung 2009 auf Bundesebene), nunmehr erlaubt sie sich keine „abschließende Beurteilung“
 3 CDU und CSU lehnen eine gegenseitige Anerkennung neuer Familienformen mit dem Hinweis ab, man sei gegen eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare
 4 Die FDP lehnt wie CDU und CSU EU-weite Programme gegen Mobbing an Schulen mit Verweis auf das Subsidiaritätsprinzip ab



Ein Park für alle – barrierefrei und für den Naturschutz 230 Hektar – so viel Land bleibt für alle Berlinerinnen und Berliner als Freifläche erhalten. Das Tempelhofer Feld bleibt im Besitz des Landes Berlin. Die SPD will es für alle, ob Jung oder Alt, so erschließen, dass sich jede und jeder darauf wohlfühlen kann. Dazu gehören für uns schattenspendende Bäume, Sitzmöglichkeiten, Spielplätze, Sanitäranlagen und auch eine Beleuchtung, die mehr Sicherheit schafft. All das kann ermöglicht werden, ohne den Charakter dieses einzigartigen Feldes zu verändern.

Ein Ort für Ideen. Berlins Wirtschaft wächst. Das geht aber auch in Zukunft nur, wenn wir alles daran setzen, Arbeitsplätze in unsere Stadt zu ziehen. Im Süden des Tempelhofer Feldes, autobahnnahe, schaffen wir Orte für Ideen und Unternehmen. Hier kann Wachstum entstehen und Wachstum schafft Arbeitsplätze. Beides braucht unsere Stadt dringend.

**Unsere Empfehlung:
Oben NEIN, unten JA!**



Ein Ort für Bildung und Sport. In vielen Bezirken unserer Stadt fehlen Sport- und Freizeitflächen für unsere Kinder und Jugendliche, besonders in den Innenstadtbezirken. Am Rande des Tempelhofer Feldes wollen wir neben einer Schule und Kitas vor allem auch Trainingsmöglichkeiten für die Vereine schaffen.

Das Tempelhofer Feld als geschichtsträchtigen Ort bewahren! Während der Nazi-Diktatur befand sich auf dem Tempelhofer Feld ein Konzentrationslager – ein trauriger Tiefpunkt in der Geschichte Tempelhofes und ein Auftrag der Opfer der Nationalsozialisten zu gedenken. Zugleich war das Feld Ort der Luftbrücke. An beides wollen wir erinnern und das Flughafengebäude als geschichtsträchtigen Ort und die historischen Spuren auf dem Feld bewahren.

Mit unserem Gesetzentwurf 2 sprechen Sie sich auch für einen Nutzerbeirat aus, der bei der Festlegung von Pflegemaßnahmen und der Erstellung von Regeln, wie das Feld genutzt werden soll oder nicht, mitwirkt.

Mehr Informationen zur Entwicklung des Tempelhofer Feldes unter:

<http://www.tempelhoferfreiheit.de>

+++ Kontakt +++

Gerne kontaktieren Sie mich per E-Mail an

tom.schreiber@spd.parlament-berlin.de,

per Telefon unter

030 / 232 522 96 oder 0177 / 711 36 24,

per Post an:

Tom Schreiber, Mda
Preußischer Landtag
Niederkirchnerstraße 5
10111 Berlin

Oder schauen Sie auf meiner Homepage vorbei, wo weitere Informationen zu finden sind:

<http://www.tom-schreiber.eu/>

Und auf facebook: „Tom Schreiber, Mda“

Ich freue mich über Anregungen und Kritik zu diesem Newsletter oder zu meiner Arbeit. Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, bitte ich Sie um eine kurze Nachricht an die oben genannte E-Mail-Adresse.